

John McCormick Machiavelli und der populistische Schmerzensschrei

Studien zur politischen Theorie

Mit einem Nachwort

von Dirk Jörke

suhrkamp taschenbuch

wissenschaft

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2386

Seit zwei Jahrzehnten tritt der Politikwissenschaftler John McCormick für eine »demokratische Wende« in der Forschung zu Machiavelli ein, indem er die plebejischen, antioligarchischen und sogar »populistischen« Züge von dessen politischem Denken betont. Wie die bahnbrechenden Aufsätze in diesem Band zeigen, ist Machiavelli überraschend relevant für die Analyse der gegenwärtigen Krise der Demokratie, die durch Populismus und Plutokratie gekennzeichnet ist. Mit seiner Hilfe, so McCormick, lassen sich unsere demokratischen Verfassungen neu gestalten, so dass die Bürgerinnen und Bürger die Korruption von Oligarchen vereiteln und sich direkter sowie umfassender am politischen Geschehen beteiligen können.

John McCormick ist Professor für Politikwissenschaft an der University of Chicago. Er gilt als einer der bedeutendsten Machiavelli-Forscher der Gegenwart.

John McCormick
Machiavelli
und der populistische
Schmerzensschrei

Studien zur politischen Theorie

Aus dem Amerikanischen
von Mike Hiegemann

Mit einem Nachwort
von Dirk Jörke

Suhrkamp

Erste Auflage 2023
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2386
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlag nach Entwürfen
von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt
Druck und Bindung: C.H. Beck, Nördlingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-29986-9

www.suhrkamp.de

Inhalt

Vorwort	7
1. Neubeginnung auf das demokratische Athen und das republikanische Rom in einem Zeitalter der Plutokratie und des Populismus	14
2. Haltet die Reichen in Schach und überwacht die Magistrate. Zur Wiederherstellung der Rechenschafts- pflicht der Eliten gegenüber der Bevölkerung	63
3. Ungleichheit und Korruption in Machiavellis <i>Discorsi</i> ..	118
4. Machiavelli, Volkswiderstand und der merkwürdige Fall des Ciompi-Aufstands	153
5. Rousseaus Rom und die Ablehnung des demokratischen Republikanismus	180
6. Die gegenwärtige Krise der Demokratie und der populistische Schmerzensschrei	230
<i>Dirk Jörke</i> Klassensensitive Demokratisierung. Über John McCormicks radikaldemokratisches Denken ..	252
Literaturverzeichnis	282
Textnachweise	300

Für Christian Joerges

Vorwort

Die in diesem Band versammelten Aufsätze lassen sich zwei miteinander verflochtenen wissenschaftlichen Strömungen zuordnen: der Demokratisierung Machiavellis und der Machiavellisierung der Demokratietheorie. Im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre vollzog sich in der Forschung zu Niccolò Machiavelli eine »demokratische Wende« – eine Interpretationswende, im Zuge derer die proplebejischen, antioligarchischen und sogar »populistischen« Aspekte der politischen Theorie des florentinischen Staatssekretärs in den Vordergrund gerückt wurden.¹ Im Bestreben, gegenwärtige Demokratien zu reformieren, haben Politikwissenschaftler im selben Zeitraum überdies an Machiavelli als einer Inspirationsquelle angeknüpft; insbesondere wenn es darum ging, Institutionen so umzugestalten, dass gewöhnliche Bürger oligarchische Korruption vereiteln und sowohl direkter als auch umfassender an politischen Prozessen teilhaben können.²

1 Vgl. John P. McCormick, *Machiavellian Democracy*, Cambridge 2011; sowie ders., *Reading Machiavelli. Scandalous Books, Suspect Engagements and the Virtue of Populist Politics*, Princeton 2018. Vgl. ferner Filippo Del Lucchese, *The Political Philosophy of Niccolò Machiavelli*, Edinburgh 2015; Christopher Holman, *Machiavelli and the Politics of Democratic Innovation*, Toronto 2018; Ronald J. Schmidt, *Reading Politics with Machiavelli*, Oxford 2018; Yves Winter, *Machiavelli and the Orders of Violence*, Cambridge 2018; sowie Gabriele Pedullà, *Machiavelli in Tumult. The Discourses on Livy and the Origins of Conflictual Politics*, Cambridge 2018. Zur kritischen Beurteilung dieser Literatur vgl. Catherine H. Zuckert, »Machiavelli. Radical Democratic Political Theorist?«, in: *Review of Politics* 3 (2019), S. 499–510; Marc Stears u. a., »On Machiavelli as Plebeian Theorist,« in: *Theoria* 161 (2019), S. 108–116; sowie Katherine M. Robiadek, »For the People. Deepening the Democratic Turn in Machiavelli Studies«, in: *Political Theory* 4 (2021), S. 686–699.

2 Vgl. Oliver Dowlen, *The Political Potential of Sortition. A Study of the Random Selection of Citizens for Public Office*, Exeter 2008; Mark Warren, Hilary Pearce (Hg.), *Designing Deliberative Democracy. The British Columbia Citizens' Assembly*, Cambridge 2008; Graham Smith, *Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation*, Cambridge 2009; Peter Stone, *The Luck of the Draw. The Role of Lotteries in Decision Making*, Oxford 2011; Robert E. Goodin, *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice After the Deliberative Turn*, Oxford 2012; Jeffrey A. Winters, *Oligarchy*, Cambridge 2011; Martin Breugh, *The Plebeian Experience. A Discontinuous History of Political Freedom*, New York

Die folgenden Aufsätze zeichnen nach, dass es sich bei Machiavelli um den ersten Denker der westlichen politischen Ideengeschichte handelt, der darauf bestand, dass die Wenigen und nicht die Vielen die größte Gefahr für die Freiheit des Gemeinwesens, für Republiken und Volksherrschaften darstellen. Ferner betonen sie, dass Machiavelli als erster politischer Theoretiker Vorschläge zu politischen Institutionen formulierte – wie etwa Volkstribunen und politische Strafprozesse, bei denen die Gerichtsbarkeit vom Volke ausgeht –, die gewöhnliche Bürger dazu ermächtigen, sowohl das Verhalten der Eliten einzuschränken als auch eine direkte Volksherrschaft über die öffentliche Ordnung auszuüben. Die Aufsätze veranschaulichen, dass Machiavelli eine Form der Volksherrschaft vorschlug, die den aristokratischen Vorurteilen früherer Autoren wie beispielsweise Platon, Aristoteles, Cicero, Bruni und zu seiner Zeit Guicciardini trotzte. Darüber hinaus wird in den nachfolgenden Aufsätzen dargelegt, wie und in welchem Umfang nachfolgende »Republikaner« wie etwa Jean-Jacques Rousseau und in jüngerer Zeit Nadia Urbinati und Philip Pettit versuchten, sich der populistischen Vorschläge zu erwehren, die Machiavelli aus der athenischen Demokratie und insbesondere dem republikanischen Rom herleitete.

Im Folgenden schlage ich außerdem vor, im Rahmen gegenwärtiger Demokratien einige Aspekte von Machiavellis demokratischem Verfassungsmodell anzuwenden. Ich plädiere dafür, dass liberale Demokratien Institutionen wie ein neorömisches »Volkstribunat« einführen sollten, an dem ausschließlich plebejische Bürger teilnehmen; oder eine neo-athenische »Bürgerjury«, in der eine große Anzahl gewöhnlicher Bürger über die Schuld oder Unschuld der sozioökonomischen und politischen Eliten urteilen, die aufgrund unangemessenen oder kriminellen Verhaltens angeklagt wurden.

In den 1990er Jahren war ich der Tradition der Frankfurter Schu-

2013; Jeffrey Green, *The Shadow of Unfairness. A Plebeian Theory of Democracy*, Oxford 2016; Lawrence Hamilton, *Freedom Is Power. Liberty through Political Representation*, Cambridge 2014; Steven Klein, *The Work of Politics. Making a Democratic Welfare State*, Cambridge 2019; K. Sabeel Rahman, *Democracy Against Domination*, Oxford 2016; George Robert Bateman, *The Transformative Potential of Participatory Budgeting. Creating an Ideal Democracy*, London 2019; sowie v. a. Camila Vergara, *Systemic Corruption. Constitutional Ideas for an Anti-Oligarchic Republic*, Princeton 2020.

le sehr verbunden, nutzte den frühen Habermas, um Carl Schmitts wiederauflebende Theorie einer Führerdemokratie zu kritisieren, und versuchte, Habermas' Theorie einer europäischen Demokratie nach seiner kantischen Wende zu rehegelianisieren.³ Angesichts der rasant wachsenden sozialen Ungleichheit und der rücksichtslosen militärischen Intervention der Bush-Cheney-Regierung sah ich mich in den frühen 2000er Jahren dazu veranlasst, nochmals auf mein frühes Interesse an Machiavelli zurückzukommen. Ich erinnerte mich daran, wie Machiavelli ausdrücklich betonte, dass die Bürger der antiken Republiken die Eliten viel härter für Korruption und Verrat bestraften, als die republikanischen Bürger es zu seiner Zeit taten – zweifelsohne strenger, als wir es in gegenwärtigen liberalen Demokratien tun. In der Tat sollten Machiavellis Schriften modernen Bürgern die Schamesröte ins Gesicht treiben. Denn er beharrt darauf, dass Bürger weder in den Genuss von Freiheit noch Gleichheit kommen, solange sie politischen und sozioökonomischen Eliten erlauben, mit Verbrechen wie den folgenden davonzukommen: ein Desaster wie den Zweiten Golfkrieg auszulösen, eine Katastrophe wie die Finanzkrise von 2008 zuzulassen und in jüngster Zeit einem Präsidenten Donald Trump zu ermöglichen, einen gewaltsamen Sturz der konstitutionellen Demokratie in den Vereinigten Staaten anzuzetteln. Jeder, der sich ernsthaft mit Machiavellis Texten befasst, so schien es mir, sollte erkennen, dass moderne demokratische Bürger den Eliten gestatten, straffrei genau die Art ungeheuerlicher Verbrechen zu begehen, für die er die schwersten Strafmaßnahmen vorsah. Aufgrund der veränderten Umstände und Beweggründe wurden meine Arbeiten weniger von Habermas als von Machiavelli geprägt, als das zwanzigste Jahrhundert dem einundzwanzigsten Platz machte.

Obwohl Machiavelli an keiner Stelle das Wort »Demokratie« verwendete und wenngleich er einige (jedoch eingeschränkte) Vorbehalte gegenüber der athenischen Demokratie äußerte, liefern die hier versammelten Aufsätze genügend Gründe, die dafür sprechen, dass es sich bei Machiavelli tatsächlich um den ersten »demokratischen Theoretiker« in der westlichen politischen Ideengeschichte handelt. Auch wenn Rousseau diese Ehre oft und weithin zuteil-

3 Vgl. McCormick, *Carl Schmitt's Critique of Liberalism. Against Politics as Technology*, Cambridge 1997; sowie ders., *Weber, Habermas and Transformations of the European State. Constitutional, Social, and Supranational Democracy*, Cambridge 2009.

wird, werde ich Folgendes nachweisen: Während Rousseau Machiavellis Verachtung für sozioökonomische Ungleichheit geteilt haben mag, lehnte er durch Mehrheiten bestimmte politische Reformen vehement ab, die Machiavelli befürwortete, um diese Form der Ungleichheit zu überwinden. Weitaus radikaler als Rousseau hob Machiavelli die klassische normative Unterscheidung zwischen Aristokraten und Oligarchen auf und warf sozioökonomischen Eliten vor, *immer* zugunsten der Unterdrückung gewöhnlicher Bürger zu agieren. Daher billigte er Reformgesetze, die Rousseau verachtete, wie etwa Roms Ackergesetze, aufgrund derer das Eigentum von wohlhabenden zu ärmeren Bürgern umverteilt wurde.

Machiavelli, so denke ich, greift die wenigen Momente der traditionellen politischen Ideengeschichte auf, in denen Autoren wie Aristoteles widerwillig einräumen, dass das gemeine Volk gelegentlich über ein gutes politisches Urteilsvermögen verfügt, und entwirft auf dieser Grundlage eine neue demokratische Theorie. In Anlehnung an Leo Strauss und Carlo Ginzburg sind noch heute zahlreiche Historiker und Politikwissenschaftler auf die wenigen Fälle fixiert, in denen Machiavelli anmerkt, das Volk habe eine schlechte politische Entscheidung getroffen, während sie die vielen und weitaus katastrophaleren Entscheidungen völlig ignorieren, die Machiavelli den Eliten (insbesondere aristokratischen Senaten) der spartanischen, römischen, karthagischen, venezianischen und florentinischen Republiken zuschreibt. Ich lege dar, dass Machiavelli während seiner gesamten Laufbahn tatsächlich plebejische Aufstände lobte, die darauf abzielten, Republiken auf antioligarchische und protopopulistische Weise zu reformieren – insbesondere *tumulti* wie die römische *secessio plebis*, den sogenannten Ausmarsch des einfachen Volkes, und den Ciompi-Aufstand.

Einige Leser mögen überrascht sein, dass ich in diesen Aufsätzen Machiavellis radikal demokratische Politik bedenkenlos dem Populismus zuordne. Das mag daran liegen, dass zu viele Wissenschaftler und Journalisten Populismus als ein ausschließlich rechtes Phänomen begreifen. Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass der Populismus durchaus progressive Formen angenommen hat und immer noch annimmt, von der *People's Party* in den Vereinigten Staaten des späten neunzehnten Jahrhunderts bis hin zu den *Gilets jaunes* im heutigen Frankreich. Der Populismus, mit dem ich die machiavellische Demokratie verbinde, ist ein dezidiert linker Popu-

lismus.⁴ Wie ich in den einleitenden und abschließenden Aufsätzen verdeutliche, ist der Unterschied zwischen Links- und Rechtspopulismus recht einfach zu erklären: Der progressive Populismus ist eine ausdrücklich mehrheitliche Bewegung, die die ungerechten Privilegien einer reichen und mächtigen elitären Minderheit infrage stellt. Der Rechtspopulismus hingegen ist eine chauvinistische, jedoch nicht unbedingt »mehrheitliche« Bewegung, die die imaginären Privilegien vulnerabler zugewanderter oder religiös-ethnischer Minderheiten anführt. Machiavellis Schriften antizipieren einen linken Populismus, weil er die Plebejer dazu anhält, sozioökonomische und politische Eliten herauszufordern – informell durch *tumulti*, formell durch klassenspezifische Institutionen – und von ihnen einen wachsenden Anteil an der wirtschaftlichen und politischen Macht einzufordern.

Liberales oder pluralistische Kritiker des Populismus, so behaupte ich, haben sich auf zu rigide Weise der parteibasierten, repräsentativen Demokratie verschrieben. Solche Systeme können die Masse der Bürger jedoch nur enttäuschen, weil sie grundsätzlich den sozioökonomischen und politischen Eliten den Vorzug geben und so die Saat der Unzufriedenheit säen, die von antidemokratischen Führern oder Parteien ausgenutzt werden kann. Ich nenne diese Unzufriedenheit in Anlehnung an einen Ausdruck Émile Durkheims »den populistischen Schmerzensschrei«.⁵ Entschiedenem Kritikern des Populismus wie Urbinati oder Cas Mudde⁶ halte ich entgegen, dass repräsentative Systeme durch direktdemokratische oder klassenspezifische Institutionen ergänzt werden müssen. Damit meine ich machiavellische Institutionen, die ein direktes Urteil des Volkes ermöglichen (wie Referenden oder politische Strafprozesse), sowie Institutionen, die gewöhnliche Bürger (moderne »Plebejer«, wenn Sie so wollen) dazu ermächtigen – entweder per Losverfahren

4 Vgl. die Beiträge in Dagmar Comtesse u. a. (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin 2019.

5 Vgl. Émile Durkheim, *Le Socialisme. Sa définition, ses débuts, la doctrine saint-simonienne*, Paris 1992, S. 37: »Der Sozialismus ist keine Wissenschaft, keine Soziologie im Kleinen, er ist *ein Schrei des Schmerzes* und zuweilen des Zorns, der von den Männern ausgestoßen wird, die unser kollektives Unwohlsein am stärksten spüren.« Aus dem Französischen von und hervorgehoben durch Mike Hiegemann.

6 Vgl. Cas Mudde, Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populismus. Eine sehr kurze Einführung*, aus dem Englischen von Anne Emmert, Bonn 2019.

(anstelle von Wahlen) oder durch Institutionen (Ämter oder Versammlungen), von denen sozioökonomische Eliten ausgeschlossen sind –, direkt ein politisches Amt auszuüben.

Ich möchte, dass die Leser Folgendes aus dieser Sammlung mitnehmen: Machiavelli legt überzeugend dar, dass Volksherrschaften die ständigen Ziele von (obwohl er den Begriff nicht geprägt hat) »gewaltigen rechten Verschwörungen« sind – zu jeder Zeit, an jedem Ort und in jedem Moment. Aus dieser Perspektive stellt also das, was Politikwissenschaftler kürzlich als plutokratisch erzeugte »systemische Korruption« oder politisch bedingte »oligarchische Folgeschäden«⁷ bezeichneten, eine ständige, existenzielle Gefahr für jedes bürgerliche Gemeinwesen dar, das noch nicht zu einer bloßen Oligarchie geworden ist. Die einzige Möglichkeit, diese Korruption zu stoppen oder rückgängig zu machen, besteht darin, dass gewöhnliche Bürger sämtliche Hebel in Bewegung setzen – zum Beispiel im Militärdienst oder durch Arbeitskraft –, um Zugeständnisse von den Eliten zu erzwingen, die es vorziehen, ihren unverhältnismäßigen Einfluss auszudehnen, anstatt ihn aufzugeben. Solche Zugeständnisse müssen die Einrichtung von Institutionen einschließen, die, in Machiavellis Worten, »die Anmaßung der Wenigen stoppen«⁸ und das strafgerichtliche Urteil der Vielen ermöglichen, das wiederum »selten schädlich für die Freiheit«⁹ ist.

Die Aufsätze in dieser Sammlung haben, wie die meisten meiner Forschungsarbeiten, von einer engen Zusammenarbeit mit deutschen Wissenschaftlern profitiert. Ich möchte Axel Honneth danken, dass er mich 1994 einlud, meinen ersten Vortrag in Deutschland zu halten, und vor allem dafür, dass er mich seinem damaligen jungen Assistenten Rainer Forst vorstellte, mit dem mich seit fast dreißig Jahren ein reger Gedankenaustausch und eine wertvolle Freundschaft verbindet. Dank der großzügigen Einladungen von

7 Vgl. Gordon Arlen, »Aristotle and the Problem of Oligarchic Harm. Insights for Democracy«, in: *European Journal of Political Theory* 3 (2019), S. 393-414; sowie Camila Vergara, »Populism as Plebeian Politics. Inequality, Domination, and Popular Empowerment«, in: *Journal of Political Philosophy* 2 (2020), S. 222-246.

8 Niccolò Machiavelli, *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*, in: Corrado Vivanti (Hg.), *Opere I. I Primi Scritti Politici*, Turin 1997, S. 73-254, Buch I, Kap. 3. Sämtliche Machiavelli-Zitate in diesem Band wurden von John P. McCormick aus dem Italienischen übersetzt. In dieser Form wurden sie hier aus dem Amerikanischen übertragen.

9 Ebd., Buch I, Kap. 4.

Dagmar Comtesse, Skadi Krause, Marcus Llanque, Andreas Niederberger, Emanuel Richter, Martin Saar, Philipp Schink und dem überaus liebenswürdigen Martin van Gelderen wurden mehrere der hier enthaltenen Aufsätze bereits in Form von Vorträgen in Deutschland präsentiert.

Überaus großer Dank gebührt Dirk Jörke dafür, dass er dieses Projekt konzipiert und sich bereit erklärt hat, daran mitzuwirken, Mike Hiegemann für seine fachkundige Übersetzung der Aufsätze ins Deutsche und insbesondere Philipp Hölzing vom Suhrkamp Verlag für die umsichtige und enthusiastische Unterstützung dieses Projekts von seinen Anfängen bis zur Veröffentlichung. Bereichert wurden die hier versammelten Aufsätze durch die aufschlussreichen Kommentare meiner Studenten Gordon Arlen, Steven Klein, Will Levine und Niklas Plaetzer. Wertvolle Gespräche mit meinen Freunden Sonja Asal, Joel Isaac, Thomas Meyer und Robert Norton haben mir dabei geholfen, diesen Band als Ganzes zu konzipieren. Als Forschungsassistentinnen leisteten Emily Salamanca und Noelle Norona einen unschätzbaren Beitrag.

Diese Sammlung ist Christian Joerges gewidmet, der mir von Bremen über Florenz bis Berlin, in guten wie in schlechten Zeiten, ein herzlicher, großzügiger und engagierter Mentor war.

Chicago, Illinois, im November 2021
John P. McCormick

I. Neubesinnung auf das demokratische Athen und das republikanische Rom in einem Zeitalter der Plutokratie und des Populismus

In den Debatten zur Krise der gegenwärtigen Demokratie spielen zwei antike politische Ordnungen eine bedeutende Rolle: die athenische Demokratie und die römische Republik. In Versuchen, die wachsende politische Ungleichheit sowie die zügellose politische Korruption in unserem plutokratischen Zeitalter zu thematisieren, beruft sich eine zunehmende Anzahl von Politikwissenschaftlern auf beide Modelle, entweder um sie als nachzuahmende Vorbilder oder als abschreckende Beispiele ins Feld zu führen. Ich werde an dieser Stelle einige ideologische und historische Falschdarstellungen hervorheben, wie sie von Philip Pettit und Nadia Urbinati vorgenommen werden, wenn sie sich im Rahmen ihrer Kritik an majoritären und populistischen Lösungsansätzen für die aktuelle Krise auf Athen und Rom beziehen.

Ich stehe hingegen Josiah Obers Ansatz näher, wiewohl die Art und Weise problematisch ist, auf die er anhand seines Entwurfs der sogenannten »Demopolis« – seiner neo-athenischen Alternative zur liberalen Demokratie – moderne liberale von antiken demokratischen Grundsätzen unterscheidet. Im Zuge meiner kritischen Anmerkungen werde ich meine Präferenz für Institutionen beteuern, die sich aus der athenischen Demokratie sowie der römischen Republik herleiten lassen und mithilfe derer man der gegenwärtigen Krise begegnen könnte: Institutionen wie plebejische Versammlungen, zufällig verteilte politische Ämter und vor allem politische Strafprozesse, bei denen die Gerichtsbarkeit vom Volke ausgeht.

In jüngst veröffentlichten Büchern wie Pettits *On the People's Terms*¹ und Urbinatis *Democracy Disfigured*² drückt sich eine aufrichtige Besorgnis über die derzeitige Krise der Demokratie aus. Beide artikulieren jedoch tiefgreifende Ängste gegenüber majoritären und populistischen Lösungsansätzen für diese Krise. Folglich

1 Philip Pettit, *On the People's Terms. A Republican Theory and Model of Democracy*, Cambridge 2013.

2 Nadia Urbinati, *Democracy Disfigured. Opinion, Truth and the People*, Cambridge, MA 2014.

schlagen Pettit und Urbinati durch Eliten vermittelte politische Lösungen vor, die allein auf *Wahlen* fixiert sind und gegenmajoritäre Maßnahmen betonen. Ich behaupte hingegen, dass solche Modelle die für eine Wiederbelebung der gegenwärtigen Demokratie notwendigen institutionellen Reformen vielmehr schwächen als befördern. Im Wesentlichen streben sie ein »Weiter so« an. Pettit und Urbinati verdoppeln lediglich den Wetteinsatz und forcieren damit – aus Gründen, die ich noch erläutern werde – genau diejenigen Merkmale moderner repräsentativer Regierungsformen, durch die eine Plutokratie *begünstigt* und reaktionäre Populismen *angesporn*t werden.

Ferner sprechen beide Autoren den Modellen Athens und Roms ab, als sinnvolle Inspirationsquellen für gegenwärtige Demokratien gelten zu können: Pettit verzerrt die direktdemokratische Beschaffenheit des antiken Athens, indem er sie als irrational und unterdrückend charakterisiert, während Urbinati das republikanische Rom zur Geburtsstätte des modernen Populismus erklärt, den sie ausschließlich als eine Form des demagogischen Cäsarismus begreift.

In seinem Buch *Demopolis*³ geht Josiah Ober konstruktiver vor. Auf Basis von historischen Untersuchungen antiker politischer Modelle unterscheidet er mit Blick auf die moderne Staatsform, die wir liberale Demokratie nennen, was tatsächlich als *liberal* und was hingegen als *demokratisch* gelten kann. Ober stellt dar, dass drei Wertsetzungen die *Demokratie* stärken: politische Gleichheit, politische Freiheit und politische Teilhabe. Sie unterscheiden sich wesentlich von ausdrücklich *liberalen* Wertsetzungen, wie beispielsweise persönliche Autonomie, Menschenrechte und Verteilungsgerechtigkeit. Obers Rekontextualisierung verdeutlicht, was Demokratie eigentlich ist und – was weitaus wichtiger ist – welche Möglichkeiten für deren Realisierung im Rahmen großer moderner Nationalstaaten gegeben sind. Ich halte es jedoch für problematisch, dass Ober zu sehr an liberalen Vorstellungen von Privateigentum und körperlicher Unversehrtheit haftet, und zwar auf eine Weise, die eine relative wirtschaftliche Gleichheit sowie einen wirksamen politischen Strafvollzug in einer florierenden Demokratie letztlich verhindern.

3 Josiah Ober, *Demopolis. Oder was ist Demokratie?*, aus dem Amerikanischen von Karin Schuler und Andreas Thomsen, Darmstadt 2017.

Teil I: Majoritarismus und Populismus angesichts von Athen und Rom

In der aktuellen Debatte über das republikanische Revival verfechten führende Teilnehmer eine skeptische Haltung gegenüber Majoritarismus und Populismus, die die Realisierbarkeit demokratischer Ideale potenziell unterwandert. Vor allem die Aversion gegen eine Mehrheitsregel und eine populistische Politik unterbindet sämtliche Versuche, sich dem fatalen Problem wachsender Ungleichheit anzunehmen, von dem Demokratien derzeit heimgesucht werden. Im Mittelpunkt dieses Abschnitts stehen die jüngsten Veröffentlichungen von Philip Pettit und Nadia Urbinati, in denen sich solche Ängste vor einer Mehrheitsregel und dem Populismus manifestieren. Es werden ideologische und historische Falschdarstellungen hervorgehoben, die von beiden Autoren im Zuge ihrer kritischen Auseinandersetzung mit dem Majoritarismus und einer populistischen Politik vorgenommen werden. Darüber hinaus werde ich den Vorschlägen von Pettit und Urbinati, die sich primär auf durch Eliten vermittelte politische Lösungsansätze stützen, weitaus direktdemokratischere institutionelle Alternativen entgegensetzen, die sich aus der athenischen Demokratie sowie der römischen Republik herleiten lassen. Obgleich sich Urbinati als Kritikerin von Pettits Republikanismus versteht, werde ich nachzeichnen, dass ihr soziopolitisches Projekt viel mit Pettits republikanisch legitimiertem Institutionsmodell gemein hat. Beide Autoren bevorteilen repräsentative Regierungsformen, die vorwiegend auf Wahlen fußen und sich durch gegenmajoritäre Maßnahmen auszeichnen. Damit sprechen sie sich für Modelle aus, die notwendige institutionelle Reformen zugunsten einer Redemokratisierung im Zeitalter einer rasant zunehmenden Vermögensungleichheit eher behindern.

Ich behaupte, dass zwischen der abstrakt-normativen Ebene von Pettits Argumenten und seinen institutionellen Empfehlungen in *On the People's Terms* gegenmajoritäre Präferenzen und Verpflichtungen zum Tragen kommen, die sein Modell der politischen Legitimität – ungeachtet von Pettits egalitären Bestrebungen – vom demokratischen zum aristokratischen Ende des republikanischen

Kontinuums verschieben. Ich werde ebenso aufzeigen, dass sich Urbinati in *Democracy Disfigured* weigert anzuerkennen, dass die von ihr ideengeschichtlich und empirisch rekonstruierten repräsentativen Regierungsformen – trotz des von ihr verwendeten höchst einfallsreichen Arendtschen und Millschen Theorierahmens – auf keine konstruktive Weise eine progressive Reform gegenwärtiger Demokratien bewirken können. Die bedingungslose Art, auf die Urbinati den *Pluralismus* dem *Populismus* entgegensetzt, untergräbt in einem schwerwiegenden Maß sämtliche ihrer Versuche, sich des fatalen Problems der *Plutokratie* in liberalen Demokratien anzunehmen. Ihre Darstellung von gegenwärtigen repräsentativen Regierungsformen verharmlost auf dramatische Weise strukturelle Verzerrungen, aufgrund derer der gegenwärtige demokratische Wahlkampf zugunsten von mächtigen und etablierten Minderheiten betrieben wird – eine Verzerrung der Mehrheitsregel, die regressiv anstelle von progressiven Populismen befördert. Ferner stelle ich Urbinatis Bestreben infrage, der römischen Republik abzusprechen, ein der athenischen Demokratie ebenbürtiges Gemeinwesen zu sein und als gedankliche wie politische Inspirationsquelle für institutionelle Reformbestrebungen innerhalb gegenwärtiger Demokratien dienen zu können.

Ich werde darlegen, dass ein genuin demokratischer Republikanismus sich die Lehren aus der republikanischen und demokratischen Vergangenheit zu eigen machen muss, und zwar auf weitaus einfallsreichere und weniger ochlophobische Weise, als dies Pettit und Urbinati tun. Hierzu zählt im Besonderen die erfrischende Ehrlichkeit, mit der die Vielen, die Bevölkerung, die Armen dem Kernproblem des Zusammenhangs von wirtschaftlicher *und* politischer Macht begegnet sind. Um beispielsweise zu verhindern, dass Oligarchen ihr Vermögen dazu gebrauchen konnten, die politische Freiheit weniger vermögender Bürger einzuschränken, etablierten die Hopliten des antiken Griechenlands und die Plebejer der römischen Republik Institutionen, die den Armen als der Mehrheit die höchste legislative Autorität zusicherten und dafür sorgten, dass exekutive und justizielle Ämter zufällig verteilt wurden, oder aber sicherstellten, dass die Armen solche Ämter übernehmen. Athenische Demokraten bevorzugten die Mehrheitsregel, per Losverfahren vergebene Ämter und Gerichte, während römische Plebejer auf majoritäre Reformen drängten sowie auf die Einrichtung eines

Tribunats, das sich der Gefahr einer vom Reichtum bestimmten Staatstätigkeit entgegenstellte.

In scharfem Kontrast zu den allein auf Wahlen fußenden sowie gegenmajoritären demokratischen Modellen, die von Pettit und Urbinati vorgeschlagen werden, verfügten die athenische Demokratie und die römische Republik über Institutionen, die sicherstellten, dass die Armen über die Reichen oder aber gleichberechtigt mit den Reichen herrschten. Anhand des auf mehreren Ebenen der athenischen Staatsform eingesetzten Losverfahrens und der mit dem Tribunat der römischen Republik verbundenen Institutionen werde ich hervorheben, wie sich demokratische Republikaner sowohl verfassungsrechtlich als auch kollektiv direkt dem entgegenstellten, was Pettits Republikanismus und Urbinatis repräsentative Demokratie als eine sekundäre, private und individuelle Angelegenheit betrachten: die unerhörte politische Macht des Reichtums.

1. Philip Pettits »republikanische« Ängste vor einer Mehrheitstyannei

Philip Pettits *On the People's Terms* sucht zwei Aufgaben zu erfüllen: Erstens soll es sich dabei um eine philosophische Neuformulierung der Theorie der Nichtbeherrschung handeln, die der Autor zuvor in seinen einflussreichen Werken *Republicanism* und *A Theory of Freedom* ausgearbeitet hat.⁴ Zweitens geht es Pettit darum, eine neuartige Theorie politischer Legitimität zu artikulieren, die an seine innovative Freiheitstheorie anschließt. Als eine philosophische Neuformulierung von Pettits früheren paradigmatischen Versuchen im Bereich der normativen politischen Theorie ist *On the People's Terms* ein durchschlagender Erfolg. Das Buch stellt eine äußerst eindrucksvolle und größtenteils überzeugende Reetablierung der Freiheitstheorie als Theorie der Nichtbeherrschung dar.

Bemerkenswerterweise entgeht Pettit den bedauernswerten Schicksalen, die zwei bedeutende philosophische Vorgänger erlitten, die vergleichbar ambitionierte Gerechtigkeitstheorien formulierten: John Rawls und Jürgen Habermas. Viele würden sagen, dass diese Größen der Moral- und Sozialphilosophie die Macht,

4 Vgl. Pettit, *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford 1999; sowie ders., *A Theory of Freedom. From the Psychology to the Politics of Agency*, Oxford 2001.

Originalität und radikalen Implikationen ihrer philosophischen Kernaussagen verrieten, als sie einerseits versuchten, ihre Projekte gegenüber ihren größten Kritikern neu zu formulieren, und andererseits dem Bestreben folgten, ihre philosophischen Agenden unmittelbar auf die Politik zu übertragen.⁵

Im Gegenzug verfeinert Pettit seine philosophische Begründung für den Grundsatz der Nichtbeherrschung, ohne dabei die Vitalität seiner früheren Werke einzubüßen. Tatsächlich gelingt es Pettit in *On the People's Terms*, seine Argumente aufrechtzuerhalten und voranzutreiben und das egalitäre sowie emanzipatorische Potenzial seiner ursprünglichen normativen Vision zu bekräftigen. Verehrer von Pettits früheren Ausführungen zur Freiheit als einer Form der Nichtbeherrschung werden nicht enttäuscht. Kritiker dieser Freiheitstheorie als philosophischen Projekts werden aufgrund von Pettits enormen Anstrengungen sicherlich viele ihrer Einwände überdenken müssen.

Auf äußerst überzeugende Art und Weise stellt Pettit anhand von Grundbegriffen und auf der abstraktesten Ebene des Projekts die folgende Konzeption politischer Legitimität vor: »Die Bevölkerung muss eine solche Macht über die Regierung haben, dass die Regierungsform in einem umfassenden, egalitären Sinne des Begriffs als demokratisch bezeichnet werden kann: eine Regierungsform, die das *krátos* begründet, oder ›Kontrolle‹ durch den *dêmos* oder das ›Volk‹.«⁶ Problematischer wird es jedoch, wenn Pettit genauer darzulegen sucht, welches institutionelle Modell einer Demokratie er für die Umsetzung seiner Theorie politischer Legitimität am geeignetsten hält. Pettit ist sich sehr wohl bewusst, dass eine größere institutionelle Spezifität möglicherweise weitere Kontroversen hinsichtlich seines Versuchs auslösen könnte, ein republikanisches Modell einer Demokratie zu formulieren. Da er beabsichtigt, dass sein

5 Rawls und Habermas haben auf dem Weg von *Eine Theorie der Gerechtigkeit* zu *Politischer Liberalismus* sowie von der *Theorie des kommunikativen Handelns* zu *Faktizität und Geltung* wohl eher mehr, nicht weniger philosophische Gegner gewonnen. Vgl. John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, aus dem Amerikanischen von Hermann Vetter, Frankfurt/M. 1979; ders. *Politischer Liberalismus*, aus dem Amerikanischen von Wilfried Hinsch, Frankfurt/M. 2003; Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1981 sowie ders., *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M. 1992.

6 Pettit, *On the People's Terms*, S. 239.